Standpunkt

Nr. 1 – 2017

Die SPD informiert Sie!

EVERSWINKEL
ALVERSKIRCHEN

SPD

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

wir möchten Entscheidungen in unserer Gemeinde transparenter machen. Immer häufiger wird uns klar, dass die Informationen aus der Politik nicht mehr jedermann erreichen. Dafür gibt es viele Gründe. Die erforderlichen Entscheidungen werden oft zu sehr umfangreichen und schwierigen Themen getroffen. Die Berichterstattung dazu soll knapp und verständlich sein. Dabei bleiben oft Details auf der Strecke oder einige Beschlüsse werden gar nicht erwähnt. Auch haben viele Haushalte keine Tageszeitung mehr.
Um eine sinnvolle Diskussion um die Zukunft unserer Gesamtgemeinde zu führen, sind Infos enorm wichtig. Deshalb möchte die SPD möglichst vielen Bewohnern Hintergrundinformationen liefern.
Unser Medium wird der „Standpunkt“ sein. Bei Fragen zu den angesprochenen Themen oder wenn Sie über weitere Angelegenheiten mit uns sprechen möchten, nehmen Sie Kontakt zu uns auf. Dies ist möglich über E-Mail: ***Kontakt@SPD-Everswinkel.de*** oder über die Internetseite: ***www.spd-everswinkel.de***. Besuchen Sie uns in der Fraktion am 10.7.2017 zwischen 17.30 und 18 Uhr im Ausschusszimmer des Rathauses oder am 7.7.2017 ab 14.30 Uhr auf dem Wochenmarkt.

Herzliche Grüße

Dr. Wilfried Hamann
*Fraktions- und Parteivorsitzender der **SPD Everswinkel***

Nicht vergessen! Am 24.09. 2017 ist Bundestagswahl!

Dies ist eine der holprigen Stellen an der Warendorfer Straße

Behinderten- und altengerechte Wege

Die SPD wurde von Bürgerinnen und Bürgern angesprochen, dass es in Everswinkel mitunter sehr schwierig sei mit Rollstuhl oder Rollator durch die Gemeinde zu kommen. Insbesondere die jüngst neu geschaffene Zufahrt von der Warendorfer Straße zum Magnusplatz wurde als besonders holprig beschrieben. Im November 2016 hatte die SPD beantragt, diesen Zugang vor dem Drogeriemarkt genauer unter die Lupe zu nehmen. Diesem Antrag konnten sich weder FDP noch CDU anschließen, da sie glaubten keine ausreichende Beratungszeit gehabt zu haben. Nochmal zur Erklärung, wir hatten lediglich beantragt, einmal zu überprüfen, ob dort nachgebessert werden muss. In der folgenden Ausschusssitzung teilte uns die Verwaltung mit, es wäre geprüft worden und die betreffende Passage wäre nach den allgemeinen Vorschriften korrekt erstellt. Für die SPD Fraktion hieß dies, die Überprüfung hat ergeben, dass an der betreffenden Stelle alles in bester Ordnung ist.
Wenige Wochen später erfolgte die einmal im Jahr durchgeführte Besichtigungstour durch den Bau- und Vergabeausschuss. Dabei werden die Stellen in der Kommune angefahren, wo an Straßen und Wirtschaftswegen Reparaturen oder andere Maßnahmen durchgeführt werden sollen. Unangekündigt wurde auch ein Stopp eingelegt an der Stelle, die uns die Bürger als verbesserungswürdig für Rollstuhlfahrer genannt hatten. Überraschend für die SPD-Teilnehmer kam man nun zu dem Ergebnis, das die besichtigte Passage tatsächlich holprig ist. Leider wurde dabei auch festgestellt, dass eine Verbesserung dieser Situation nur durch eine komplette Überarbeitung dieses Stückes zu erreichen sei. Da dieser Zugang zum Magnusplatz jedoch so neu sei, könne man sich eine solche Investition nicht leisten. Stattdessen soll jetzt an einer Seite der Zufahrt ein kleiner Teil der Pflastersteine gegen eine glattere Oberfläche ausgetauscht werden. Resümee der SPD: vielleicht ist es zukünftig möglich – bereits beim Bau von Wegen und Straßen – auch an unsere älteren oder behinderten Einwohner zu denken und deren Bedürfnisse zu berücksichtigen. Solche generellen Überlegungen könnten wir beispielsweise in einem Ortsentwicklungsplan festlegen, der bei allen Planungen herangezogen wird. So wären kostspielige Nachbesserungen zu vermeiden, für die wir offensichtlich nicht einmal das Geld haben. Aber langfristige Planungen, wie einen Ortsentwicklungsplan, lehnen CDU und FDP schon seit vielen Jahren immer wieder ab!

Trotz neuer Baugebiete – hier Möllenkamp 3 – stagnieren die Einwohnerzahlen seit 10 Jahren

Das Märchen von steigenden Einwohnerzahlen durch neue Wohngebiete und die Folgen für alle

Spricht man in Everswinkel über Wohngebiete, dann hört man regelmäßig, dass die neuen Baugebiete notwendig sind, um weitere Bürger in unsere Gemeinde zu holen. Schaut man sich die Statistik der Bezirksregierung an, zeigt sich jedoch ein ganz anderes Ergebnis. Die Einwohnerzahl der Gemeinde Everswinkel war Ende 2004 exakt die gleiche wie Ende 2015, nämlich in beiden Fällen 9583 Personen.

Allerdings haben wir in den dazwischen liegenden Jahren 96.000 m² neue Wohnfläche geschaffen. Dies führte zu einer Erhöhung der Wohnfläche pro Einwohner von 40 auf 50 m². Die dabei überbaute Fläche betrug 80 ha (800.000 m²), was 112 Fußballfeldern entspricht.

Zusammen mit diesen Wohnungen wurde auch neue Infrastruktur geschaffen: Straßen, Wege, Parkplätze, Grünflächen, Spielplätze, Bürgersteige, Trinkwasserleitungen, Abwasserkanäle, Strom- und Gasleitungen sowie Straßenlaternen. Dies hat finanzielle Auswirkungen für alle Einwohner der Gemeinde. Sämtliche Folgekosten für Betrieb, Reparatur und Unterhaltung wurden und werden auf alle Bürger umgelegt. Wir alle bezahlen für die Folgekosten dieser Anschaffungen über Steuern und Gebühren.

Hinzu kommt noch die Abschreibung der einmal geschaffenen Werte. Der Wert einer Anschaffung wird in unseren Haushalt aufgenommen und anschließend Jahr für Jahr (meist auf 30 Jahre verteilt) mit dem entsprechen Anteil abgeschrieben. In unserem Jahreshaushalt 2017 mit insgesamt 20 Mio. machen die Abschreibungen bereits knapp 2 Mio. aus. Diese Abschreibungen sind auch ein Grund für die angespannte Haushaltslage unserer Gemeinde.

Betrachten wir erneut die von 2004 bis 2015 gleichgebliebene Einwohnerzahl, bedeutet dies: sämtliche Folgekosten werden auf die exakt gleiche Anzahl von Einwohnern umgelegt, also zirka 25 Prozent Steigerung (von 40 auf 50 m² pro Einwohner) wird auf die gleichen Schultern verteilt. Fraglich, ob sich dies alle hier so gewünscht haben. Auch die zirka 220 Asylbewerber und Flüchtlinge sind in der Statistik für 2015 mitgezählt. Ohne diese sähe die durchschnittliche Berechnung für jeden Einwohner noch ungünstiger aus.

Aber weiterhin behaupten CDU und FDP, nur die Ausweisung von Bauland kann unsere Gemeinde gut in die Zukunft bringen. Sie kennen nun auch die Kehrseite dieser Entscheidungen.

Übrigens: Auch die SPD möchte das Bauen in unserer Gemeinde weiterhin ermöglichen, aber bitte maßvoll, angemessen, am richtigen Standort und nicht nur Einfamilienhäuser. Dabei dürfen wir die Gemeindefinanzen und damit unsere Bürgerinnen und Bürger nicht überfordern, damit wir die Entwicklung unserer Gemeinde auch zukünftig noch aktiv gestalten können. Unter einer finanziellen Handlungsunfähigkeit würden alle Einwohner leiden.

Die hier zitierten Daten und weitere Infos zum Thema finden Sie unter ***http://www.bezreg-muenster.de/de/regionalplanung/raumbeobachtung_statistik/index.html***

Preiswerter Wohnraum fehlt in Everswinkel. CDU und FDP glauben, das Problem löst sich von allein

„In Everswinkel sucht man zurzeit vergebens nach preiswertem Wohnraum“ lauten seit geraumer Zeit die Aussagen aus der Gemeindeverwaltung, wenn es um die Wohnungssuche geht. Auch wir von der SPD kennen Beispiele von Suchenden, die letztendlich unsere Gemeinde wieder verlassen mussten, da sie keinen „bezahlbaren“ Wohnraum finden konnten. Nun gibt es sicherlich verschiedene Gründe für diese ärgerliche und unbefriedigende Situation. Einer der Hauptgründe besteht ganz einfach darin, dass es in der Vergangenheit versäumt wurde, für ausreichend preiswerten Wohnraum zu sorgen.

In Everswinkel hätte unbedingt öffentlich geförderter, sozialer Wohnungsbau erfolgen müssen. Wir wissen aus vielen Untersuchungen, dass zukünftig gerade im Alter, aufgrund sinkender Renten, immer mehr Menschen nicht mehr über die gleichen finanziellen Mittel verfügen werden wie die heutigen Rentner.

Gerade die Politik vor Ort hat nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Pflicht, die Weichen richtig zu stellen. Jede Kommune kann mit der Verabschiedung eines Bebauungsplanes festlegen, wie viele Wohneinheiten nach den Voraussetzungen des geförderten Wohnungsbaus zu erstellen sind.

Gerade haben wir uns in Everswinkel mit der Bebauung des ehemaligen Elberich-Geländes beschäftigt. Innerhalb der letzten Monate wurden zuerst ein Bebauungsplan und dann eine Änderung des Bebauungsplanes verabschiedet. In beiden Fällen hat die SPD-Fraktion den Antrag gestellt, dafür zu sorgen, dass preisgünstiger Wohnraum entstehen sollte.

Beim 1. Bebauungsplan mit 39 Wohneinheiten sollten neun „preiswerte“ Wohnungen erstellt werden, beim 2. Bebauungsplan mit 29 Einheiten sollte die soziale Komponente für sechs Wohnungen festgelegt werden. In beiden Abstimmungen haben sich CDU und FDP gegen unsere Anträge entschieden und beide abgelehnt.

Die Begründung von Herrn Folker (CDU-Fraktionsvorsitzender) lautete: „Das wollen wir dem Investor nicht zumuten“ und „Das regelt der Markt von ganz alleine“ hörten wir von der FDP. Als SPD-Fraktion fragen wir uns wirklich, was sich hier von ganz alleine regeln soll. Gerade die derzeitige Situation beweist doch, dass der Markt, wenn man ihn sich selbst überlässt, zu einem Mangel an preiswerten Wohnungen führt. CDU und FDP weigern sich aber weiterhin, wichtige Entscheidungen zu treffen, die dabei helfen könnten, Wohnen vor Ort in Zukunft für kleinere Geldbeutel positiv zu gestalten. Die beiden Parteien sind fest davon überzeugt, dass wir in Everswinkel fast ausschließlich Einfamilienhäuser für eine finanzkräftige, gut situierte Klientel benötigen.

Auch der vorgeschobene Nachteil für Investoren existiert in Wirklichkeit nicht. So teilte 2016 der Wohnungsdezernent der Stadt Münster, Matthias Peck mit, dass mittlerweile viele Investoren davon überzeugt seien, dass sie auch mit dem Bau von preisgünstigen Sozialwohnungen gutes Geld verdienen können. Weshalb die für Münster bereitgestellten Fördermittel bereits nicht mehr ausreichten. In Münster gibt es bereits eine Warteliste mit 3.000 Bewerbern für preiswerten Wohnraum. Aber bei uns ist, wie so häufig, laut CDU und FDP alles ganz anders.

Die SPD fordert weiter, einige Wohnungen so auszustatten, dass man diese auch preiswert anbieten kann. Mitbürgerinnen und Mitbürger mit kleinerem Budget würden es der Gemeinde sicherlich danken. Hoffen wir das Beste, denn bekanntlich stirbt die Hoffnung zuletzt.

„Preiswerter Wohnraum – hier das noch unbebaute Gelände (ehemals Elberich) – sei dem Investor nicht zuzumuten“, so der CDU-Fraktionsvorsitzende Folker

Auf vielfachen Wunsch wird ab 2018 auch der Frühjahrsflohmarkt sonntags durchgeführt

Dieter Ostrop (2.v.r.) ist unser neuestes Mitglied. Hier zusammen mit den Vorstandsmitgliedern Marc Schmidt, Andrea Kleene-Erke (ehemalige Landtagskandidatin), Lore Tröbst und Dr. Wilfried Hamann auf dem hiesigen Wochenmarkt

Traditionen, weg damit

In der Gemeindeordnung ist formal geregelt, welche Partei den Anspruch auf das Amt des stellvertretenden Bürgermeisters erheben kann. Seit einigen Jahrzehnten war es gute Tradition in Everswinkel, dass der 1. Stellvertretende Bürgermeister von der CDU beansprucht wird und der 2. Stellvertretende Bürgermeister innerhalb der Oppositionsparteien ausgemacht wurde. Ebenso war es gelebte Tradition, dass jede Partei für sich entschied, welche Personen sie in die einzelnen Ausschüssen entsendet. Die so gemachten Vorschläge wurden dann gemeinsam von allen Parteien verabschiedet. Von diesen bewährten Traditionen hat sich die CDU seit Beginn der laufenden Wahlperiode wiederholt verabschiedet.

Seit 2014 gilt, die CDU entscheidet nach eigenen Kriterien, wer ein Amt oder eine Funktion bekleiden soll. Hilfreich scheint es dabei zu sein, nicht anzuecken und schon gar nicht zu häufig Kritik an der Politik der CDU zu üben. So teilte die CDU uns unlängst mit, dass der Posten des 2. Bürgermeisters nach 2014 auch 2016 erneut der FDP zukommen würde. Grund sei die wiederholte „harsche“ Kritik der SPD am politischen Verhalten der CDU. Sollte sich unser Verhalten ändern und wir zukünftig mit Kritik wieder etwas zurückhaltender umgehen, könne auch wieder über die Vergabe von Posten gesprochen werden.

Bei der Neubesetzung eines Ausschusses durch die Partei der Grünen stimmte die CDU nicht mit, weil ihnen die Kritik an ihrer Politik durch die vorgeschlagene Person zu weit ging. Hier scheint die CDU übrigens ein besonders langes Gedächtnis zu haben, denn in den WN werden bereits seit fast einem Jahr keine Leserbriefe von der Betroffenen mehr veröffentlicht.

Im Übrigen kein Einzelfall, denn uns sind bereits mehrere Personen bekannt, deren Kommentare generell nicht mehr in den WN gedruckt werden. Um es mit Erich Kästner zu sagen: „Wichtiger, als das, was wir schreiben, ist das, was wir weglassen“.

Herr Folker, (CDU-Fraktionsvorsitzender), verstieg sich dann bei der Begründung für das Abstimmungsverhalten der CDU bei diesem Personalvorschlag zu folgender Formulierung: „Das „Beste“ für eine Kommune unterliege keiner Definition sondern manifestiere sich in den Mehrheitsverhältnissen im Rat“. Wir möchten ihm entgegenhalten: „Die Mehrheit ist die Mehrheit aber nicht die Wahrheit“, denn sonst könnten wir auch gleich jegliche politische Diskussion einstellen sobald eine Partei die absolute Mehrheit erringt.

Herausgeber: SPD-Ortsverein Everswinkel/Alverskirchen. Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes (V.i.S.d.P): SPD-Ortsverein Everswinkel

Dr. Wilfried Hamann
Eichendorffstr. 6
48351 Everswinkel
Tel. 0 25 82-99 16 51
E-Mail:
wilfried.hamann@spd-everswinkel.de

TERMINE

Fahrt zum Ketteler Hof
▶ 22.08.2017
Anmeldung unter 66 90 39 ab dem 08.07.2017

Frühstücksdosenaktion
▶ 31.08.2017

Staudentausch
▶ 14.10.2017

Kinderflohmarkt
▶ 26.11.2017
Anmeldung ab 8 Uhr unter 991651 ab dem 18.11.17